

Aufrüstung statt Delsperre.

Das Ergebnis der britischen Kabinettsberatungen.

Die Frage der Delsperre gegen Italien, die in London von Diplomaten und Militärs seit Tagen sehr stark beschäftigt hat, scheint jetzt dahin entschieden zu sein, daß die Sanktionen vorerst nicht in Frage kommen. Jedenfalls will England dem Völkerverbund die Entscheidung überlassen. Statt dessen wird die englische Regierung wohl ein umfassendes Aufrüstungsprogramm durchführen.

Dementsprechend hat das britische Kabinet den Außenminister Eden beauftragt, durch einen Sachverständigenausschuß des Völkerverbundes nachprüfen zu lassen, ob die Delsperre im heutigen Stadium der Entwicklung noch kriegsverfügend wirken könne.

Man nimmt in London an, daß Italien bereits einen Entwurf für sieben Monate angesammelt habe und daß dadurch die Delsperre nur sehr fraglichen Wert habe.

Weiter hat sich das Kabinet mit den englisch-französischen Beziehungen, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Frankreich, beschäftigt, die keine festen Pläne auf lange Sicht zulassen. Schließlich standen die englisch-ägyptischen Beziehungen und die Frage der englischen Rüstungsvermehrung zur Verhandlung.

Die Londoner Blätter weisen darauf hin, daß der Kabinettsführung sehr lange Beratungen des Verteidigungsausschusses vorausgegangen waren und daß eine bedeutende Erhöhung des britischen Rüstungsetats erfolgen werde, besonders für die Luftwaffe und für die Flotte. Es heißt, das Kabinet habe sich entschlossen, von einer zahlenmäßigen Vermehrung der britischen Armee zugunsten ihrer weiteren Mechanisierung

und Aufrüstung mit technischen Waffen abzusehen.

Der Verteidigungsausschuß soll der Auffassung sein, daß für England zur Zeit eine Kriegsgefahr besteht, ganz gleich, ob die Sanktionen zur Anwendung kommen oder nicht, und daß dementsprechend die britischen Vorbereitungen getroffen und erweitert werden müßten.

Die Linkspresse, wie „Daily Herald“ und „News Chronicle“, wendet sich scharf gegen die Politik des Abwartens, und die konservative „Morning Post“, die öfter die Ansichten der englischen Schwerindustrie sowie militärischer Kreise vertritt, eröffnet einen großen Propagandakampagne für Aufrüstung. Unter der Überschrift „Die volle Wahrheit über Englands Verteidigung“ beginnt das Blatt mit einer Reihe großartig gemachter Berichte über den gegenwärtigen Stand der britischen Streitkräfte, die als vollkommen unzulänglich hingestellt werden.

Volle Handlungsfreiheit für Italien.

Der diplomatische Mitarbeiter des italienischen Nachrichtenbüros „Stefani“ wendet sich gegen die aus amerikanischen Quellen kommende Nachricht, wonach der Pariser Vorkämpfer Italiens, Cerruti, dem französischen Ministerpräsidenten erklärt habe, daß Italien bei Verschärfung der Sanktionen weder Repressalien ergreifen noch Genf verlassen werde. Es sei unabweisbar, daß Italiens Pariser Vorkämpfer derartige Versprechungen gemacht hat. Die italienische Regierung behalte sich für das Inkrafttreten verschärfter Sanktionen die volle Handlungsfreiheit vor. Sie habe auch noch nicht beschloffen, zur nächsten Genfer Völkerverbundtagung einen Vertreter zu entsenden.

Radikalsoziale Groteske um Laval.

Kammerfraktion beschloß Mißtrauensantrag, lehnte aber Fraktionszwang ab.

Die innenpolitische Krise in Frankreich, die eigentlich immer besteht, scheint wieder einmal in ein ernstes Stadium getreten zu sein. Die Radikalsozialisten, die seit Laval's Friedensbemühungen zusammen mit dem damaligen englischen Außenminister Hoare dem Ministerpräsidenten Fehde angelagt haben, haben jetzt einen neuen Vorstoß gegen Laval unternommen. Die Kammerfraktion hat mit 62 gegen 20 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen beschlossen, einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einzubringen. Die radikalsozialen Minister Herriot, Baganon, Bertrand, Bonnet, Regnier, Manpoll Roustan sollten aufgefordert werden, sofort zurückzutreten. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde jedoch der größte Beschluß gefaßt, daß der eben gefaßte Beschluß nur in Kraft treten solle, wenn die Fraktion sich für die kommenden Abstimmungen in der Kammer auf Fraktionszwang einigte. Diese Frage wurde mit 41 gegen 40 Stimmen abgelehnt, so daß also der Mißtrauensantrag in seinen Auswirkungen wieder aufgehoben wurde. Auch die Absicht, eine Abordnung an Staatsminister Herriot zu entsenden, wurde infolge der Ablehnung des Abstimmungszwanges wieder fallengelassen. Die Stellung der Regierung Laval war also für die Kammerfraktion gestärkt, wenn auch Überraschungen noch nicht ausgeschlossen waren.

Kammerfieg Laval's.

Die französische Kammerführung begann mit einer Ansprache des Kammerpräsidenten Bouisson, der für seine Wiederwahl dankte. Die nächste Kammer werde neue Aufgaben zu lösen haben. Der Horizont sei noch dunkel, Europa geteilt. Frankreich möge daher getreu seiner Überlieferung an der Aufrechterhaltung des inneren Friedens und der Sicherung des Friedens zwischen den Völkern weiterarbeiten.

Darauf verlas der Kammerpräsident die vorliegenden Anfragen. Ministerpräsident Laval beantragte von seinem Platz aus die sofortige Behandlung der landwirtschaftlichen Anfragen und die Vertagung der übrigen Anfragen. Die nun folgende Aussprache fand im Zeichen einer allgemeinen Unruhe, so daß der Kammerpräsident sich gezwungen sah, nach kurzer Zeit die Sitzung vorübergehend zu unterbrechen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde die Forderung Laval's auf sofortige Behandlung der landwirtschaftlichen Anfragen, zu der der Ministerpräsident die Vertagung beantragte, gestützt. Dabei wurden 315 Stimmen für und 251 Stimmen gegen die Regierung abgegeben. Laval erhielt also eine Mehrheit von 64 Stimmen.

Zum sechsten Male hat also das Kabinet Laval entgegen allen bisherigen Prophezeiungen einen Abstimmungserfolg in der Kammer davongetragen, und damit eine weitere Lebensfrist erkämpft. Die Voraussagen für die Regierung sind nunmehr naturgemäß wieder günstiger. Man glaubt in Paris nicht, daß ihr im Augenblick weitere Forderungen gelegt werden, über die sie noch stolpern kann. Natürlich braucht eigne rein geschäftsmäßige Abstimmung, wie die erfolgte, noch nicht ein unbedingt sicherer Gradmesser für den Ausfall einer hochpolitischen Abstimmung, wie sie noch bevorstehen könnte, zu sein.

Die Aussprache über die von der Regierung beantragte sofortige Behandlung der landwirtschaftlichen Anfragen und Vertagung der übrigen Anfragen fand im Zeichen wiederholter Angriffe der Linken gegen das Kabinet Laval und der Versuche der Sozialisten, Kommunisten und einiger Radikalsozialisten, die einen Regierungserfolg nicht wünschen. Der Führer der Marxisten, Leon Blum, erklärte: Wenn die Radikalsozialisten nicht geschlossen gegen die Regierung stimmen würden, so würden sie damit das Schicksal der aus den Wahlen hervorgehenden Mehrheit im Voraus belasten.

Ministerpräsident Laval entgegnete, daß Leon Blum entschieden besonders geeignet sei, sich an die Radikalsozialisten zu wenden, da er und seine Freunde bisher jede radikalsozialistische Regierung gestützt hätten.

Nach der Abstimmung verlangte der Abgeordnete Fernand Laurent (Unabh. Liste), daß die Frage des Abkommens mit Sowjetrußland in möglichst be-

stimmigster Weise zur Behandlung komme. Laval antwortete, daß er sofort nach seiner Rückkehr von Genf verlangen werde, daß die Ratifizierung der Verträge auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Schuschnigg's Prager Besuch.

Umfangreiche polizeiliche Schutzmaßnahmen für den österreichischen Bundeskanzler.

Die Reise des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg nach Prag und die Art des Empfanges in der tschechoslowakischen Hauptstadt sollten, wie aus Prag berichtet wird, offensichtlich den „privaten“ Charakter dieses Besuchs unterstreichen. Einigen den Empfangen, wie sie der Prager Wilson-Bahnhof schon so oft erlebt, nahm die Begrüßung einen bescheidenen Verlauf. Die Sicherheitsmaßnahmen, die von Seiten der Prager Polizei getroffen worden waren, übertrafen alle bisherigen. Der Weg vom Wilson-Bahnhof zum Hotel Esplanade, wo Schuschnigg Wohnung genommen hat, war von Polizisten besetzt.

Auffallend war auch die große Zahl von Zivilpolizisten und Beamten der Politischen Abteilung. Die größte Vorsicht erweist aber verständlich, da in Prag aus Brinn verendete offensichtlich aufrührerische und kommunistische Flugblätter verteilt worden waren, die sich mit scharfem heftigen Inhalt gegen den österreichischen Bundeskanzler und das derzeitige Regime in Österreich richteten.

Donnerstagabend hielt Schuschnigg im Rahmen des tschechoslowakischen Industriellenklubs einen wirtschaftlichen Vortrag über die Wirtschaftsprobleme des Donauraumes.

Wilson's Schuld am Kriegseintritt Amerikas.

Im Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Eintritts der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Weltkrieg, der im Auftrage des Senats in Washington tagt, machte an Hand von Schriftstücken das Ausschussmitglied Clark die sensationelle Feststellung, daß die Vereinigten Staaten die Neutralität wiederholt zugunsten der Alliierten verlor hätten.

Weiter wiesen der Ausschussvorsitzende Kbi und Clark nach, daß der damalige Präsident Wilson einige Umstände des Kriegseintritts Amerikas falsch berichtet habe. Wilson habe entgegen seinen Behauptungen von Geheimverträgen der Alliierten bezüglich einer Neuverteilung Europas bei Kriegseintritt Amerikas gewußt. Das gleiche gelte von seinem Staatssekretär Lansing. Auch sei Wilson's Geheimberater, Oberst House, bereit gewesen, die Vereinigten Staaten ohne Kenntnis des Kongresses in den Weltkrieg hineinzuziehen.

Warnung vor Mißbrauch der Rundfunkgebührenbefreiung.

Die Reichsrundfunkkommission sieht sich veranlaßt, die Antragsteller auf Rundfunkgebührenbefreiung auf folgendes aufmerksam zu machen: Durch die Zuweisung von Freistellen soll erreicht werden, möglichst alle auf Grund der Bestimmung hierfür in Frage kommenden Volksgenossen in den Genuß der Gebührenerleichterung zu setzen. Erhebungen über die Verteilung von Freistellen haben zu dem Ergebnis geführt, daß viel Volksgenossen sich vorsozial eine Bescheinigung für eine Rundfunkgebührenbefreiung ausbändigen lassen, ohne zu diesem Zeitpunkt selbst eine Rundfunkanlage zu besitzen. Ein derartiges Verhalten einzelner Volksgenossen schädigt das Allgemeinwohl, weil es den Fürsorgebehörden dadurch unmöglich gemacht wird, die wirklich bedürftigen Rundfunkhörer von der Entrichtung der Gebühren zu befreien.

Drei Jahre Volksgemeinschaft!
Gebt zur „Erinnerungssammlung des WGW“
am 19. Januar.

Alles für das Ziel der Verständigung.

Eine Unterredung mit dem Präsidenten des Komitees „France-Allemagne“.

Der Präsident des Komitees „France-Allemagne“, Commandant L'Hopital, gewährte einem deutschen Schriftsteller eine Unterredung, in der er u. a. sagte:

Wir, Deutsche und Franzosen, müssen uns die Wahrheit sagen. Offensicht ist zwischen uns und den Träumen werden unseren beiden Völkern nichts nützen. Wir werden gerade an die Dinge gehen, die hindernd zwischen uns liegen, weil wir die feste Hoffnung und den unverfälschten Glauben an die Notwendigkeit unseres Wirkens haben.

Commandant L'Hopital erzählte, daß er gleichzeitig Mitglied des Vollzugsausschusses der Französisch-Englischen Gesellschaft ist, und in dieser Eigenschaft er besonders betont, daß die drei Völker Deutschland, England, Frankreich zusammengehören. Das Komitee „France-Allemagne“ tue nichts, was die französisch-englische Zusammenarbeit gefährdet. Im Gegenteil! Die Arbeit der Deutsch-Englischen Gesellschaft wie der Anglo-German Fellowship sei sehr zu begrüßen, wie überhaupt alles unter dem Gesichtspunkt zu werten sei, daß nichts gegen jemand geschieht, sondern alles für das Ziel der Verständigung.

Deutscher Frontkämpferbesuch in England.

Am Sonntag, 19. Januar, wird eine Abordnung der deutschen Frontkämpferverbände in London eintreffen, um den Besuch zu erwidern, den Vertreter des großen englischen Frontkämpferverbandes der British Legion im Juli v. J. den deutschen Frontkämpfern gemacht hatten. Die Führung der deutschen Abordnung liegt in den Händen des Bevollmächtigten der Deutschen Frontkämpferverbände, Stahmer. Die Abordnung setzt sich zusammen aus: Reichskriegsopferführer Oberst Lindober, Reichsarbeitsminister Feldte, dem Bundesführer des Reichskriegsopferbundes „Kampfbund“, Oberst Reinhard, dem Bundesführer der Reichsvereinigten ehemaligen Kriegsgesangener, Arbr. von Versene, dem Bundesführer des Reichverbandes Deutscher Offiziere, Generalmajor a. D. Graf von der Goltz, SS-Oberführer von Hermann-Hainhofen und Fliegerkommandant Siebel.

Die deutsche Frontkämpferabordnung wird sich eine Woche lang in England aufhalten und dabei Gelegenheiten finden, nicht nur in eine nähere Aussprache mit den Vertretern der British Legion über alle gemeinsamen Fragen einzutreten, sondern auch die zahlreichen und vorbildlichen Wohlfahrtsrichtungen des großen englischen Frontkämpferbundes kennenzulernen.

Für Verbesserung der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen.

Besprechungen einer deutschen Wirtschaftsabordnung in Japan abgeschlossen.

Die deutsche Wirtschaftsabordnung, die Ende Oktober in Japan eintraf und seitdem die Wirtschaftszentren Japans und Mandschuriens besuchte, hat ihre Studien und Besprechungen mit den japanischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen abgeschlossen. Das Ergebnis der von der deutschen Abordnung mit dem Auswärtigen Amt in Tokio und dem am Handel mit Deutschland interessierten Wirtschaftsministerium getroffenen Erörterungen hat die Abordnung eine Anzahl von Empfehlungen zur Verbesserung der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen unterbreitet.

Die Abordnung hat ferner mit Vertretern der mandschurischen Regierung und Wirtschaft die Möglichkeit einer Vermehrung des deutsch-mandschurischen Warenaustausches erörtert. Sie hat auch hier zur Herbeiführung einer entsprechenden Regelung Empfehlungen unterbreitet.

Aus unserer Heimat.

Wilsdruff, am 17. Januar 1933.

Der Spruch des Tages.

Die Seele will aus der Erde geschöpft sein wie Gold und aller Wert.

Jubiläen und Gedenktage.

18. Januar.

1871 Kaiserproklamation in Versailles.

1886 Die Schriftstellerin Maria von Regeford geboren.

Sonne und Mond.

18. Januar: S.-A. 892, S.-A. 1619; M.-A. 234, M.-A. 10.10

Teilnahme so und so.

Es gibt Menschen, die eine so große „Teilnahme“ für alles bekunden, was ihre Mitmenschen angeht, daß sie dadurch lästig fallen. Diese Menschen müssen alles klein vom Leben und Treiben des Nachbarn wissen. In erster Linie wollen sie dabei erfahren, was wohl der andere für Einnahmen haben könne. Nicht daß sie ihn anpumpen wollten, nein, es ist bloß Neugierde bei ihnen. Die Frage, was mag wohl A oder B verdienen, ist für sie ein Stachel, der sie veranlaßt, allerhand Listen zu gebrauchen, um das Geheimnis zu entschlüsseln. Warum verdrängt eigentlich niemand gern, wieviel er verdient? Auch der reichste Steuerzahler, der in dieser Beziehung nichts zu verheimlichen hat, kann es auf den Tod nicht leiden, daß man ihm mit der Frage nach seinem Einkommen zu Leibe rückt. Derartige Fragen werden gewöhnlich als taktlos empfunden, und mit vollem Recht. Hinter diesen Fragen steckt, wie gesagt, gewöhnlich nichts als Neugier, wenn nicht gar Neid, und niemand hat es gern, daß man sich mit seiner Person nur aus Neugierde beschäftigt. Abgesehen hiervon können durch Schwachhaftigkeit und Klatsch so manche Nachteile und Unannehmlichkeiten für denjenigen erwachsen, der dem Neugierigen auf seine Fragen Rede und Antwort steht. Und wenn wir auch noch so wenig verdienen mögen, — der im Gewande der Teilnahme auftretenden Neugier erscheinen wir als Großverdiener und Glückskinder. Wir brauchen wirklich nicht den Inhalt unserer Geldtasche von anderen zählen zu lassen, aber dieses Zählen scheint eine unausrottliche Vorliebe vieler Unverbesserlicher zu sein.